PB.Z-01-581-3

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Fürth-Stadt
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 581 bis 590:
~~Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht unterliegen. Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell unterstützen. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit den Mitteln des Strafrechts, aber auch durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen, Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer konsequent bekämpfen werden. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch ein dauerhaftes Bleiberecht erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen würde erleichtert.~~Das derzeitige Prostitutionsgesetz erfüllt seinen Zweck nicht.
Die Zahl der illegal in dem Gewerbe Arbeitenden (200.000 bis 400.000) übersteigt bei weitem die Zahl der tatsächlich Angemeldeten (32.000. Stand 26.11.2019) Kleine Veränderungen werden nicht greifen.
Das Nordische Modell soll auch in Deutschland eingeführt werden.
Das beinhaltet ein Sexkaufverbot („Freierbestrafung“)
sowie die Entkriminalisierung der Menschen in der Prostitution.
Attraktive Ausstiegsangebote müssen die Realisierung des Gesetzes flankieren. Bei der geänderten Rechtlage ist die Schulung der Polizei erforderlich. Zwangsverheiratungen sind Menschenrechtsverletzungen. Frauen und Männer, die davon bedroht sind, brauchen Hilfe und Schutz und gute Beratung durch

Begründung

Wo Prostitution erlaubt ist, ändert sich auch bei vielen Männern das Bild was sie von der Frau haben. Das zeigen frauenverachtenden Äußerungen in den Sogenannten Freier Foren im Internet.

Sexkauf bedeutet ein Recht auf einwandfreie Ware. Käufer und gekauftes Objekt sind nicht auf Augenhöhe. Übergriffe sind an der Tagesordnung und für nicht abgesicherte Frauen schwer einzuklagen.

Die Nachfrage schafft Prostitution, und damit den Nährboden für Menschenhandel und Ausbeutung. Deutschland als Drehscheibe der Prostitution hat nicht genug freiwillige Frauen. Also müssen diese eingeführt - eingeschleust werden. Ohne Deutschkenntnisse sind sie ohne Rechte, was den Zuhältern nur genehm ist.

Es gibt kein Recht auf den Kauf eines Menschen